ROMI-INTELLIGENCE

ROMI-INTELLIGENCE JOURNAL

LAGE · ANALYSE · VORSPRUNG

SONDERAUSGABE

WAHRHEIT · DIE ZAHL HINTER DER FRAGE

41 %

der befragten Journalisten in Deutschland stehen **einer einzigen Partei** nahe, den Grünen. Bei der Bundestagswahl 2025 kam diese Partei auf 11,6 %.

DREI BEFUNDE · KURZFASSUNGEN

1 · Wer steht wem nahe?
Redaktionen, Rundfunkräte, Regierungssprecher, Honorare. Seite 2

2 · Was spricht dagegen?
Keine belegte Steuerung. Gegenbelege und ein Fall vor Gericht. Seite 3

3 · Was ist zu fragen?
Vier Prüfpunkte und drei Dinge, die Sie selbst tun können. Seite 4

DIE LAGE AM FREITAG, 20. NOVEMBER, 10:30 UHR

- **Belegt:** 41 % der befragten Journalisten stehen den Grünen nahe, 16 % der SPD, 8 % der CDU (Technische Universität Dortmund, 2024).
- **Belegt:** Im ZDF-Fernsehrat findet eine Studie bei 36 von 60 Mitgliedern eine Nähe zu einer Partei. Erlaubt ist höchstens ein Drittel staatsnaher Mitglieder.
- **Belegt:** Bundesministerien zahlten seit 2018 rund 1,47 Millionen Euro an Journalisten, 875.232 Euro davon an Leute von öffentlich-rechtlichen Sendern.
- **Belegt:** Zwei Gerichte erklärten Aussagen einer ZDF-Satiresendung über den abberufenen Chef der Cyberbehörde für unzulässig.
- **Nicht belegt:** Dass Parteien, Stiftungen oder Organisationen Redaktionen zentral steuern.
- **Unbekannt:** Wer die Honorare der Ministerien namentlich erhalten hat.

WAS OFFEN IST

551 Fragen · Die Union fragte 2025 nach der Neutralität geförderter Organisationen. Ein Nachfassen ist nicht dokumentiert.

DIE REGEL, UM DIE ES GEHT

„Der Anteil der staatlichen und staatsnahen Mitglieder darf insgesamt ein Drittel der gesetzlichen Mitglieder des jeweiligen Gremiums nicht übersteigen.“

Bundesverfassungsgericht, Urteil vom 25. März 2014 zum ZDF-Staatsvertrag, Leitsatz

Wer kontrolliert die Kontrolleure?

Vier von zehn Journalisten stehen einer einzigen Partei nahe. In den Gremien, die ARD und ZDF beaufsichtigen, findet eine Studie mehr Parteinähe, als das Verfassungsgericht erlaubt. Der Sprecher des Kanzlers kam direkt aus einer Chefredaktion.

EINSCHÄTZUNG *Eine zentrale Steuerung ist nicht belegt. Belegt ist Nähe. Wer kontrollieren soll, braucht aber Abstand. Sonst fehlt den Bürgern die Grundlage für eigene Entscheidungen.*

WAS KAUM EINER NACHLIEST

Wer in den Rundfunkräten sitzt, steht auf den Websites der Sender. Welche Parteiämter diese Menschen haben, steht dort meist nicht.

WAS DIE ZAHLEN ZEIGEN

Nähe zwischen Politik und Medien ist an vier Stellen belegt. Eine Absprache ist es nicht. Dazwischen liegt die Frage nach dem Abstand.

WAS MAN HEUTE TUN KANN

Selbst nachsehen, mehrere Quellen lesen, Regeln fordern: Offenlegung, Namen, Wartezeiten. Seite 4.

Maximilian Mitera · ROMI-Methode®

Stand der Recherche: 20. November 2026, 10:30 Uhr

WAHRHEIT · FRAGE 1 · WER STEHT WEM NAHE?

Nähe in Zahlen: Redaktionen, Gremien, Sprecher

Vier Stellen, an denen Politik und Medien sich berühren: wer in den Redaktionen arbeitet, wer die Sender beaufsichtigt, wer für die Regierung spricht und wer von Ministerien bezahlt wird. Jede Zahl hat eine Quelle.

41 %

der befragten Journalisten stehen den Grünen nahe. Bei der Bundestagswahl 2025 kam die Partei auf 11,6 %.

62 %

der Mitglieder im ZDF-Fernsehrat haben laut einer Studie eine Nähe zu einer Partei. Erlaubt ist höchstens ein Drittel staatsnaher Mitglieder.

1,47 Mio. €

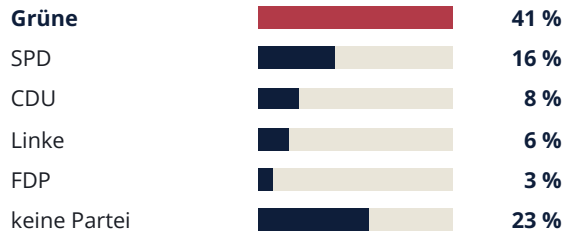
zahlten Bundesministerien seit 2018 an Journalisten, mehr als die Hälfte an Leute von öffentlich-rechtlichen Sendern.

BELEGT · IN STUDIEN, DRUCKSACHEN UND URTEILEN

THEMA	WAS BELEGT IST
Redaktionen	Parteineigung von 525 befragten Journalisten (2024): Grüne 41 %, SPD 16 %, CDU 8 %, Linke 6 %, FDP 3 %, BSW 1 %, AfD 0 %, keine Partei 23 %.
Regel für die Gremien	Höchstens ein Drittel der Mitglieder darf staatlich oder staatsnah sein (Bundesverfassungsgericht, 25.03.2014).
Gremien heute	772 Mitglieder ausgewertet: mindestens 41 % der Rundfunkräte und 53 % der Verwaltungsräte mit Parteinähe. Im ZDF-Verwaltungsrat 10 von 12.
Regierungssprecher	2025: Politikchef der Süddeutschen Zeitung. 2021: früherer Hauptstadtkorrespondent. 2010: Nachrichtenmoderator im ZDF. 2011 wurde ein Regierungssprecher Intendant des Bayerischen Rundfunks.
Honorare	1.471.828 Euro seit 2018 für Moderationen, Texte, Vorträge: 875.232 Euro an Journalisten von ARD, ZDF, Deutschlandradio und Deutscher Welle, 596.597 Euro an private Medien. Zahlungen des Bundesnachrichtendienstes nicht enthalten.
Parteieigene Medien	Die Medienholding ddvg gehört zu 89,7 % treuhänderisch der SPD. Beteiligungen unter anderem an Madsack und Neue Westfälische. Ausschüttung 2024: 3,6 Mio. Euro.

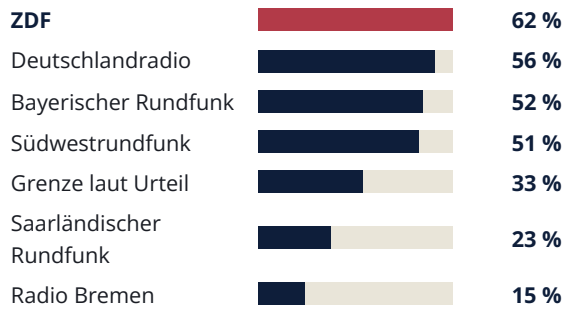
Die Gremien-Studie zählt weiter als das Gesetz: Sie rechnet auch frühere Mandate, Kandidaturen und Parteiämter ein. Sie belegt Nähe, keinen Einfluss auf das Programm.

Parteineigung von Journalisten 2024



Quelle: Technische Universität Dortmund, „Journalismus und Demokratie“, 525 Befragte.

Parteinähe in Rundfunkräten (Anteil der Mitglieder)



Quelle: Otto Brenner Stiftung, Arbeitspapier 76 (Peter Stawowy), 2025.

FREIHEIT · FRAGE 2 · WAS GEGEN MEINE EIGENE SICHT SPRICHT

Nicht belegt: Steuerung, Absprache, Verfassungsbruch

Wer Nähe zeigt, muss auch zeigen, was sie nicht beweist. Diese Seite sammelt die Gegenbelege und einen Fall, in dem eine Sendung Folgen hatte.

NICHT BELEGT

Eine zentrale Steuerung. Keine Quelle belegt, dass Parteien, Stiftungen oder Organisationen Redaktionen lenken. Eine Parteineigung sagt nichts darüber, wie ein Journalist arbeitet.

Ein Verfassungsbruch heute. Gerichtlich festgestellt ist er nur für den alten ZDF-Staatsvertrag (2014). Zur heutigen Besetzung gibt es eine Studie, kein Urteil.

WAS DAGEGEN SPRICHT

Kritik an der Regierung gab es. In acht Leitmedien waren sieben klar für die Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine und skeptisch gegenüber Verhandlungen. Zugleich war die Berichterstattung über die Bundesregierung überwiegend kritisch (4.292 Beiträge, Februar bis Mai 2022).

Kriminalität wird nicht verschwiegen. Wo Fernsehberichte über Gewalttaten die Herkunft nennen, sind es zu 94,6 % ausländische Tatverdächtige, in Zeitungen zu 90,8 %. Laut Kriminalstatistik sind es 34,4 %. Ausländische Tatverdächtige sind danach etwa dreifach überrepräsentiert.

Corona: sachlich, aber einseitig in den Quellen. Elf Leitmedien berichteten 2020 und 2021 überwiegend sachlich. Politiker waren die wichtigsten Quellen, Kritiker der Maßnahmen kamen kaum vor. Die meisten Medien hielten die Maßnahmen für angemessen oder zu schwach.

EINSCHÄTZUNG · MEIN BEFUND

Das Problem ist der fehlende Abstand. Wenn Aufseher Parteien nahestehen, Sprecher aus Chefredaktionen kommen und Ministerien Journalisten bezahlen, muss niemand etwas absprechen. Es genügt, dass alle einander kennen.

EIN FALL AUS DEN AKTEN

Oktober 2022: Eine Satiresendung im ZDF rückt den Präsidenten des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik in die Nähe russischer Nachrichtendienste.

Danach: Die Bundesinnenministerin beruft ihn ab.

19.12.2024: Landgericht München I: Die Aussagen über angebliche Kontakte zu russischen Diensten sind unzulässig (26 O 12612/23).

16.06.2026: Oberlandesgericht München bestätigt (18 U 217/26). Eine Geldentschädigung bekommt der Betroffene nicht.

Vertrauen in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk



Widersprechen: „Medien und Politik arbeiten Hand in Hand“



Quelle: Mainzer Langzeitstudie Medienvertrauen, Welle 2024 (1.203 Befragte). 61 % ist der tiefste Wert der Studie.

SICHERHEIT · WAS JETZT ZU FRAGEN IST · WAS SIE TUN KÖNNEN

Vier Fragen, die jemand beantworten muss

Keine Vorwürfe. Prüfpunkte. Jede dieser Fragen lässt sich mit einem Dokument beantworten, das es entweder gibt oder nicht gibt.

1 **Wie viele Mitglieder jedes Rundfunkrats stehen welcher Partei nahe? Die Sender veröffentlichen dazu bisher eigene, niedrigere Zahlen.**

2 **Wer hat die 1,47 Millionen Euro Honorare der Ministerien erhalten, namentlich und je Auftrag?**

3 **Warum gibt es keine Wartezeit zwischen einer Chefredaktion und dem Amt des Regierungssprechers?**

4 **Was ist aus den 551 Fragen der Union zu geförderten Organisationen geworden? Die Antwort vom März 2025 lautete meist „keine Erkenntnisse“. Ein Nachfassen ist nicht dokumentiert.**

WAS DAS FÜR SIE BEDEUTET

Sie zahlen den Rundfunkbeitrag. Ob die Aufsicht unabhängig ist, entscheidet darüber, ob Sie ein vollständiges Bild bekommen. Wer kontrollieren soll, braucht Abstand. Sonst fehlt Ihnen die Grundlage für Ihre eigene Entscheidung.

1 SELBST NACHSEHEN

Jeder Sender nennt die Mitglieder seiner Gremien auf seiner Website. Suchen Sie die Namen und deren Parteiämter.

2 MEHRERE QUELLEN LESEN

Eine Meldung in drei verschiedenen Medien lesen. Wo die Darstellung abweicht, beginnt die eigene Prüfung.

3 REGELN FORDERN

Parteinähe in Gremien offenlegen. Honorare namentlich veröffentlichen. Wartezeiten für Wechsel zwischen Redaktion und Regierung.

LESETIPP

Wie wird aus Nähe Abhängigkeit, und wer schuldet wem einen Gefallen? Das erzähle ich als Paco Bay im Thriller „Unter Wind I: Vertrauen“. Danach erkennen Sie die Muster. Es ist ein Roman: Handlung und Figuren sind erfunden und haben keinen Bezug zu den Personen und Organisationen dieser Ausgabe.

WOHER DIE ANGABEN KOMMEN

ANGABE	QUELLE	FORM
Parteieigung	Technische Universität Dortmund, „Journalismus und Demokratie“, 2024	BERICHTET
Drittel-Regel	Bundesverfassungsgericht, 1 BvF 1/11, 25.03.2014	BERICHTET
Gremien	Otto Brenner Stiftung, Arbeitspapier 76, Pressemitteilung 27.02.2025	AN DER QUELLE GELESEN
Regierungssprecher	Bundesregierung, Chronik; epd medien, 21.05.2025	BERICHTET
Honorare	Bundestagsdrucksache 20/5822 (hib 173/2023)	AN DER QUELLE GELESEN
ddvg	ddvg, Geschäftsbericht 2024	AN DER QUELLE GELESEN
Urteile Schönbohm	Legal Tribune Online, Juni 2026	BERICHTET
Vertrauen	Universität Mainz, Mitteilung zur Welle 2024	AN DER QUELLE GELESEN
Ukraine-Berichte	Otto Brenner Stiftung, Pressemitteilung 15.12.2022	AN DER QUELLE GELESEN
Corona-Berichte	epd, 09.11.2021, zur Studie der Universitäten Mainz und München	BERICHTET
Herkunft Tatverdächtiger	epd, 17.10.2025, zur Studie Hestermann	BERICHTET
551 Fragen	beck-aktuell, 13.03.2025; Nordkurier, 11.03.2025	BERICHTET

UNSCHULDSVERMUTUNG Für alle Genannten gilt die Unschuldsvermutung. Ein Wechsel, ein Mandat oder ein Sitz in einem Gremium ist für sich kein Fehlverhalten. **EINSCHÄTZUNG** Alles unter „Einschätzung“ oder „Mein Befund“ ist meine persönliche Meinung. Zahlen und Zitate sind davon getrennt und mit Quelle versehen. Wo ich falsch liege, korrigiere ich öffentlich.